



Bericht über die Sitzung 3/2002 des Hauptausschusses am 17. Dezember 2002 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

Die letzte Sitzung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) im Jahr 2002 ist beherrscht von zwei Debatten: zum einen über die berufsbildungspolitischen Schwerpunkte der Bundesregierung in der 15. Legislaturperiode, zum anderen über die aktuelle Ausbildungsplatzsituation.

Die stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Frau Pahl, informiert über die **berufsbildungspolitischen Schwerpunkte der Bundesregierung** und erläutert die vier politischen Leitmotiven in der 15. Legislaturperiode:

- Ausbildungschancen für alle
- Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit der Bildungswege
- Internationale Öffnung der beruflichen Bildung
- Inhaltliche Bereiche mit Änderungsbedarf im BBiG (SGB III)

Qualifizierungsbausteine, mit denen politisches Neuland zur Förderung Jugendlicher mit schlechteren Startchancen (auch in der Nachqualifizierung) betreten werde, sollen im Dialog mit allen Beteiligten möglichst nah an den betrieblichen Erfordernissen und den Problemen der Jugendlichen entwickelt werden.

Der Generalsekretär des BIBB, Prof. Dr. Pütz, ist sehr erfreut über die berufsbildungspolitischen Schwerpunkte, durch die dem Bundesinstitut ein klarer Rahmen für die Erfüllung seiner Aufgaben gegeben werde. Zufrieden sei er insbesondere auch über Konzeptüberlegungen zu dualen Studiengängen. Zum Thema „Hochschulkompatibilität“ soll ein Modellversuch des Bundesinstituts mit einer Fachhochschule am Beispiel IT-Aufstiegsqualifikation durchgeführt werden.

Frau Pahl und Herr Dr. Rebhan erläutern die **aktuelle Ausbildungsplatzsituation**, die sich insgesamt als nicht zufriedenstellend darstellt. Für 2003 müsse alles getan werden, um eine weitere Verschlechterung zu verhindern. Nur mehr weniger als die Hälfte der bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Bewerber mündeten nach Auskunft von Herrn Dr. Rebhan 2002 in betriebliche Ausbildung ein. Die Jugendarbeitslosigkeit näherte sich trotz Sofortprogramm der Halbe-Million-Grenze. In keinem Arbeitsamtsbezirk Ost habe es eine ausgeglichene Stellen-Bewerber-Bilanz gegeben. Im November 2002 sei ein drastischer Rückgang der beim Arbeitsamt gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen zu konstatieren.

Bei einer ersten Analyse der vorgestellten Bilanz zeige sich nach Ansicht des *Generalsekretärs*, dass diese das Ergebnis der schlechten betrieblichen Rahmenbedingungen und daraus resultierenden betrieblichen Probleme sei und nicht in mangelndem Engagement begründet liege. Seiner Ansicht nach seien die von Frau Pahl angekündigten regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen ein probates Mittel, mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu akquirieren.

Die *Arbeitgeber* halten die Perspektiven für das laufende Jahr für noch schlechter als im Berichtsjahr, da die gesamtwirtschaftliche Situation ungünstig sei und durch das Handeln der Bundesregierung weiter erschwert werde. Die Betriebe würden ständig mit neuen Lasten überzogen, die jeden Handlungsspielraum einengten. Am Berufsbildungssystem selber liege es nicht, wie eine IW-Unternehmensbefragung ergeben habe. Vollkommen kontraproduktiv wäre es, eine Umlagefinanzierung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Erwägung zu ziehen. Statt dessen sollten mehr Ausbildungsberufe mit besonderer Anwendungsorientierung für lernschwächere junge Menschen (hierzu gebe es einen Katalog von Vorschlägen des KWB) sowie Qualifizierungsbausteine entwickelt werden. Auch sei zu überlegen, was zur Hebung der Ausbildungsreife im Hinblick auf eine Schulreform unternommen werden müsse. Nach Auffassung der *Arbeitnehmer* sind die zur Verfügung stehenden Instrumente angesichts der schwierigen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht ausreichend. Die Ausbildungsstellensituation betreffe junge Menschen und sei nicht nur ein Problem der Wertschöpfung. Eine schonungslos offene Diskussion aller Probleme, um auch unkonventionelle und unpopuläre Lösungskonzepte zu erarbeiten, sei geboten. Wolle man das duale System der Berufsausbildung erhalten, müssten auch Reformen seiner Strukturen mit dem Ziel einer Erstarkung betrieblicher Verantwortung überlegt und bei einer Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mitbedacht werden.

Die Beauftragten von *Bund und Ländern* sind sich einig darin, staatliche Ersatz- bzw. Fördermaßnahmen auf dem Ausbildungsmarkt, die sich als ineffizient oder unsinnig erwiesen, schleunigst zu revidieren und die frei werdenden Mittel in die Finanzierung bewährter Konzepte umzuleiten. Auf eine Strukturreform der Berufsbildung bezogen, meint

Frau Pahl, bei ihren zahlreichen Gesprächen mit den Verbänden sei in den letzten Monaten Kritik an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht jedoch am System selber geübt worden, dessen Revision ihrer Ansicht nach keine Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation mit sich brächte. Unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) werde 2003 ein Sondermonitoring durchgeführt, um Wege zu entwickeln, wie Jugendliche mit schlechteren Startchancen in Lohn und Brot gebracht werden könnten.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung von zweijährigen modularisierten Ausbildungsberufen weist Herr Dr. Wallraff, BMWA, auch auf europapolitische Bezüge hin. Es gebe eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung des Europäischen Rates in Lissabon aus dem Jahre 2000, den Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildung innerhalb der nächsten zehn Jahre zu halbieren. Die unter anderem in der Koalitionsvereinbarung erwähnten einschlägigen Instrumente nehme Bundesminister Clement außerordentlich ernst, und er werde sich in der Sache mit persönlichen Briefen an das KWB und den DGB wenden.

In Anbetracht der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt nimmt der Hauptausschuss zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation Stellung. Die **Stellungnahme des Hauptausschusses** (BIBB-Pressemitteilung Nr. 49 vom 18. 12. 2002) finden Sie im Anschluss an diesen Bericht. Im weiteren Verlauf der Sitzung präsentiert Herr Dr. Walden Forschungsergebnisse des BIBB-Projekts „Nutzen und Nettokosten der Berufsausbildung für Betriebe“. Außerdem beschließt der Hauptausschuss, die Forschungsprojekte „Anforderungen an Trainerinnen/Trainer in der beruflichen Weiterbildung von Lerngruppen mit Teilnehmenden deutscher und ausländischer Herkunft – Grundlagen einer Zusatzqualifikation“, „Beruf fängt in der Schule an. Die Bedeutung von Schülerbetriebspraktika im Rahmen der Berufswahlorientierungsphase“, „Interkulturelle Kompetenzen junger Fachkräfte mit Migrationshintergrund: Bestimmung beruflicher Nutzen“ und „Anforderungen an Teletutorinnen und Teletutoren in der beruflichen Bildung“ in das Forschungsprogramm aufzunehmen.

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung beauftragt den Unterausschuss 3 – Berufsausbildung –, die Empfehlung des Hauptausschusses vom 11. Februar 1980 zur Vereinheitlichung von Prüfungsanforderungen in Ausbildungsordnungen zu aktualisieren. Dabei sollen Erkenntnisse der letzten Jahre und insbesondere die bevorstehenden Ergebnisse der Neuordnung der Metall- und Elektroberufe und des BIBB-Vorhabens zu Prüfungen berücksichtigt werden.

Der Hauptausschuss entlastet den Generalsekretär gemäß § 14 Abs. 5 BerBiFG für das Haushaltsjahr 2000 und nimmt die Schriftlichen Mitteilungen des Generalsekretärs zur Kenntnis. Der Vorsitzende des Hauptausschusses lobt

nachdrücklich das Projekt zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im Bundesinstitut.

Für seine Sitzungen in 2003 beschließt der Hauptausschuss folgende Termine: 1/2003 am 18. März in Berlin, 2/2003 am 10. Juli und 3/2003 am 11./12. Dezember in Bonn.

Auf Vorschlag der Beauftragten der Arbeitnehmer wird Ingrid Sehrbrock zur Vorsitzenden für das kommende Jahr gewählt. Zu Stellv. Vorsitzenden werden Dieter-Georg Faul (Länder), Veronika Pahl (Bund), und der amtierende Vorsitzende, Dr. Bernd Söhnngen (Arbeitgeber), gewählt.

Gustav Angerbauer, seit 1994 Beauftragter des Freistaats Bayern im Hauptausschuss, wird mit Dank für sein Engagement und den besten Wünschen für die Zukunft verabschiedet.

STELLUNGNAHME DES HAUPTAUSSCHUSSES DES BUNDESINSTITUTS FÜR BERUFSBILDUNG ZUR AKTUELLEN AUSBILDUNGSPLATZSITUATION

In seiner Sitzung am 17. Dezember 2002 hat sich der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) mit dem Ausbildungsplatzangebot der Betriebe im Herbst dieses Jahres befasst. Grundlagen der Erörterung waren Berichte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Bundesanstalt für Arbeit und die Statistik des Bundesinstituts für Berufsbildung zu den am 30. September neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen.

Mit großer Besorgnis beurteilt der Hauptausschuss den Rückgang um 7,1 Prozent bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Wirtschaft und Verwaltung im Vergleich zu 2001. Die Anstrengungen der Ausbildungsbetriebe und öffentlichen Arbeitgeber in wirtschaftlich schwieriger Konjunkturlage werden anerkannt. Allerdings ist die Zahl der Betriebe, die sich für die Ausbildung junger Menschen engagieren, noch zu gering. Der gravierende Rückgang betrieblicher Ausbildungsangebote gefährdet die Berufschancen vieler Jugendlicher, die Sicherung des Fachkräfte-Nachwuchses in den Unternehmen und Verwaltungen und mittelfristig auch den Bestand des Dualen Berufsbildungssystems.

Der Hauptausschuss ruft deshalb die ausbildenden Betriebe und die öffentlichen Arbeitgeber auf, trotz der schwierigen Wirtschaftslage die Zahl ihrer Ausbildungsplätze wieder zu erhöhen. Die bisher nicht ausbildenden Betriebe sollten sich aus ökonomischer Verantwortung und wohl verstandener eigener Zukunftsvorsorge aktiv an der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen beteiligen.

Der Hauptausschuss erwartet von den Akteuren in der beruflichen Bildung (Bund, Ländern, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften), dass sie sich mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, gezielter finanzieller Förderung und konkreter Einwirkung auf die Unternehmen und Verwaltungen an dem vordringlichen Ziel beteiligen, die Zahl der Ausbildungsplätze im Jahr 2003 wieder deutlich zu erhöhen.